



---

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

## **ASYLPOLITIK**

28.03.2014

---

„Angesichts der brisanten Entwicklung der Asylbewerberzahlen in Hessen stehen Land und die Kommunen aktuell vor erheblichen Herausforderungen, zu deren Bewältigung es umfassende Lösungsansätze zur Eingliederung Asylsuchender bedarf. Wir halten es daher für unerlässlich, dass die hessischen Kommunen seitens der Landesregierung verstärkt bei der Aufnahme und insbesondere der Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen vor Ort unterstützt werden. Zu diesem Zweck sprechen wir uns für die Einführung eines hessischen Förderfonds aus, über den unter anderem fachliche Hilfe vor Ort, Sprachkurse und andere Projekte unbürokratisch mitfinanziert werden. Von entscheidender Bedeutung ist es nach Ansicht der FDP-Fraktion jedoch, insbesondere das dringend notwendige bürgerschaftliche Engagement im Asylbereich auch unter erschwerten Bedingungen nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern noch zu verstärken, um auf diese Weise auch eine dauerhafte Unterstützung von Asylsuchenden seitens der Bevölkerung zu gewährleisten. Durch die Einrichtung eines Förderfonds wollen wir daher nicht zuletzt auch ehrenamtliches Engagement und die Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger bei dieser bedeutsamen Aufgabe mit einem Anerkennungsbeitrag unterstützen“, so René ROCK, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, bei der Präsentation des Antrags, den die FDP-Fraktion in der kommenden Woche in das Plenum einbringen wird.

Rock erklärte weiter:

„Aktuell droht die Zunahme der Asylbewerberzahlen, die Finanzkraft vieler hessischer Kommunen zu überfordern. Daher ist es notwendig, dass schnellstmöglich die angemessene Höhe der Kostenerstattung ermittelt und die reale Kostenentwicklung für die Kommunen dann im Landesaufnahmegesetz entsprechend berücksichtigt wird. Wir sprechen uns dafür aus, dass dies auf Basis der aktuellen Daten und vor allem unter Einbindung der Kommunalen Spitzenverbände geschieht. Zudem fordert die FDP-Fraktion

die Landesregierung auf, die Sperrzeit für den Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber weiter zu reduzieren und ihnen somit die Möglichkeit zu geben, so bald wie möglich selbst